

1 **Leitantrag**
2 für die Delegierten und TeilnehmerInnen des Kreisparteitags der
3 SPD im Kreis Mettmann
4 am 25.11.2006 in Haan

5
6 Antragsteller: Kreisvorstand
7

8 **„Zukunft der Bildung in NRW“**

9 10 Einleitung

11
12 Bildung ist ein wichtiger und allgegenwärtiger Bestandteil des
13 gesellschaftlichen Lebens. Als Bildung beschreiben wir den
14 gesamten Prozess der häuslichen und außerhäuslichen Vermittlung
15 von Wissen, gesellschaftlicher Orientierung sowie personaler und
16 sozialer Kompetenzen. Bildung ist also mehr als bloße Vermittlung
17 von „(Fach-)Wissen“. Bildung bedeutet vor allem auch Orientierung
18 und Wertevermittlung in einer modernen, komplexen
19 (Wissens-)Gesellschaft.
20

21 Als primären Bildungszeitraum gilt es die Zeit von der Geburt bis
22 zum Abschluss der Ausbildung zu betrachten. Allerdings hört
23 Bildung nicht mit dem Abschluss der Ausbildung bzw.
24 Hochschulbildung auf. Auch darüber hinaus ist Bildung ein fester
25 und wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und sollte
26 sich in der Fort- und Weiterbildung manifestieren. Lebenslanges
27 Lernen ist eine Anforderung in der heutigen (Wissens-)Gesellschaft
28 geworden, die es gilt, allen Mitgliedern einer Gesellschaft
29 zugänglich zu machen.
30

31 Jeder einzelne Mensch sollte innerhalb seiner Bildungskarriere in die
32 Lage gebracht werden, ein selbstständiges und vollwertiges
33 Mitglied der Gesellschaft sein zu können. Grundlegende Werte,
34 Normen und gesellschaftlicher Konsens müssen jedem Menschen
35 auf seinem Lebensweg durch das Bildungssystem vermittelt
36 werden.
37

38 Ziel einer guten und ausgeglichenen Bildungspolitik in einer
39 demokratischen Gesellschaft muss es sein, mündige und vor allem
40 in einer Gesellschaft partizipierende Bürger heranwachsen zu
41 lassen. Jedem Bürger der Gesellschaft sollten dabei prinzipiell die
42 gleichen Chancen offen stehen. Hierbei spielt Bildung die
43 entscheidende Rolle bei der individuellen Selbstverwirklichung. Eine
44 moderne Gesellschaft, wie die der Bundesrepublik Deutschland,
45 kann es sich nicht erlauben, aufgrund von antiquierten
46 Bildungsstrukturen, die Potentiale sehr vieler Menschen auf der
47 Strecke bleiben zu lassen. Bildung muss demnach auch immer vor
48 dem Hintergrund des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrachtet
49 werden – denn der Ausschluss großer Teile der Gesellschaft
50 bedeutet oftmals auch soziale Probleme für eine Gesellschaft.
51

1 Andere Parteien – allen voran CDU und FDP – sehen eine
2 Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Wenn eine
3 Bildungsbiografie nicht funktioniert, wird den Individuen die Schuld
4 für die Misere geben, anstatt einmal grundlegend über die
5 Strukturen des Bildungssystems nachzudenken. Deshalb sollte die
6 SPD in NRW einen anderen Weg gehen. Das derzeitige
7 Bildungssystem ist einmal kritisch zu hinterfragen, seine
8 Schwächen sind aufzudecken und Alternativen anzubieten. Genau
9 an diesem Punkt soll dieser Leitantrag ansetzen. Geleitet von
10 einigen zentralen Fragestellungen wird er Antworten geben, wie
11 eine bessere und gerechtere Bildungsstruktur in Nordrhein-
12 Westfalen möglich ist, welche den Bürgerinnen und Bürgern in
13 einer modernen Gesellschaft gerecht wird.

14
15 Die Frage ist: Welches Bildungssystem wird unseren Vorstellungen
16 von Bildung und den damit verbundenen Entfaltungsmöglichkeiten
17 der Menschen in unserer Gesellschaft gerecht? Und wie lässt sich
18 eine solche moderne Bildungspolitik, welche den hohen
19 Anforderungen der heutigen Zeit gerecht wird, konkret gestalten?
20 Dies alles angesichts einer globalisierten Welt, veränderter Arbeits-
21 und Lebensbedingungen, sich verändernder familiärer Strukturen
22 und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.

23
24 **Gesucht wird also: Das beste Bildungssystem für die Bürgerinnen
25 und Bürger in NRW.**

26 Antworten, wie ein solches Bildungssystem aussehen kann, soll
27 dieser Leitantrag bieten.

28
29 Das Bildungssystem in NRW muss trotz aller sozialen und familiären
30 Unterschiedlichkeit und Herkunft der ihm anvertrauten Kinder in
31 der Lage sein

- 32
- 33 - alle Talente zu heben und zu fördern,
 - 34 - Defizite aus sozialer oder ethnischer Herkunft zu
35 überwinden,
 - 36 - keinen Schüler/keine Schülerin ohne Abschluss von der
37 Schule zu entlassen,
 - 38 - jede/n Schüler/in soweit zu bilden, dass er/sie nach der
39 Pflichtschulzeit ausbildungsfähig ist,
 - 40 - und jedem Jugendlichen neben seinen schulischen
41 Möglichkeiten einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen.

42 43 **Frühe Kindheit**

44
45 Es ist Aufgabe der Allgemeinheit, dafür zu sorgen, dass den
46 Erziehungsberechtigten alle Hilfe zuteil wird. Sie müssen in die Lage
47 versetzt werden dem Neugeborenen die Anreize zu bieten, die es
48 für seine Entwicklung benötigt. Hierbei ist vor allen Dingen
49 zunächst an die finanzielle Unterstützung von Eltern zu denken,
50 aber auch, wenn es erforderlich ist, an Unterstützung durch
51 Beratungseinrichtungen. Von Anfang an ist dafür zu sorgen, dass
52 alle Kinder sowohl die Chance auf eine gute Entwicklung erhalten
53 als auch den Schutz der Gesellschaft genießen.

1
2 Spätestens mit dem Erreichen des 1.Lebensjahres wird die
3 institutionelle Unterstützung von Eltern notwendig. Dabei sind
4 Bund, Land und Kommunen gefordert die notwendigen Mittel
5 bereitzustellen, damit ausreichend Betreuungsplätze für Kinder
6 unter 3 Jahren zur Verfügung stehen können. Dies beinhaltet auch
7 eine adäquate Ausbildung des Betreuungspersonals, wenn wir
8 unser Postulat „Bildung beginnt mit der Geburt“ aufrechterhalten
9 wollen.

10
11 Die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren darf sich nicht allein auf
12 „versorgen“ beschränken. Vielmehr ist es erwiesen, dass gerade im
13 Alter von 0 bis 3 Jahren wesentliche Grundlagen für das spätere
14 Leben gelegt werden. Vielfach wird bis heute die Bedeutung dieser
15 Lebensphase bei der Betreuung unterschätzt. Es gilt also sowohl
16 Eltern als auch Betreuern mit Angeboten zur Seite zu stehen.
17 Hierbei sind die bereits von der rot-grünen Bundesregierung
18 initiierten Familienzentren der richtige Ansatz. Angestrebt wird
19 eine U-3-Betreuung bis 2010 von mindestens 20%.

20
21 Wir benötigen kommunale Netzwerke von Jugendämtern,
22 Wohlfahrtsverbänden, Kindergärten und Familienzentren, die Eltern
23 mit einbeziehen und die Voraussetzungen für eine gute und
24 positive Entwicklung für jedes einzelne Kind schaffen.

25 26 Kindertagesstätten

27
28 Seit einer Reihe von Jahren wird die klassische
29 Kindergartenbetreuung einer kritischen Betrachtung unterzogen.
30 Nicht zuletzt durch das Entstehen neuer Arbeitsfelder, wie die
31 Sprachvermittlung, nicht nur an Migrantenkinder, machen
32 Reformen dringend erforderlich. So müssen die Ausbildungspläne
33 für ErzieherInnen einerseits, aber auch die Arbeitsinhalte
34 andererseits gründlich überarbeitet und die Qualifikationen den
35 neuen Erfordernissen angepasst werden.
36 Kindertagesstätten sind seit langem nicht mehr allein als eine
37 Einrichtung zu sehen, in der unter Anleitung gespielt und in nur
38 beschränktem Umfang vor allem motorische und kreative
39 Fähigkeiten vermittelt werden. Kindertagesstätte bedeutet in einer
40 Zeit der Kleinfamilie zunächst häufig das Erlernen von sozialen
41 Fähigkeiten, wie z.B. Teamfähigkeit sowie den Erwerb von Sprache
42 und natürlich auch die Förderung von Kreativität und
43 Konzentrationsfähigkeit.

44 Alles in allem dient die Kindertagesstätte zusammen mit dem
45 Elternhaus dem Erwerb der notwendigen Fähigkeiten, um im Alter
46 von 5-6 Jahren dem Grundschulalltag gewachsen zu sein. Hierbei ist
47 es wesentlich, dass Vorschulbetreuer und Schule im engen Kontakt
48 stehen, um einen fließenden Übergang von KiTa zur Grundschule zu
49 gewährleisten. Nur so kann die Zahl der durch den Unterrichtsalltag
50 in der Grundschule überforderten Kinder vermindert werden.

51 52 Grundschule

53

1 Die Grundschulen haben in den vergangenen Jahren bereits
2 erfolgreich eine Reihe von Reformen erfolgreich umgesetzt, was
3 nicht heißt, dass es keinen Verbesserungsbedarf mehr gibt. Die
4 flexible Regelung des Einschulungsalters sollte auf jeden Fall
5 beibehalten bleiben. Wobei das Zusammenwirken zwischen KiTas
6 und Grundschulen dringend institutionalisiert und intensiviert
7 werden muss. Es kann nicht dem Wohlwollen Einzelner überlassen
8 bleiben, ob diese wichtigen elementaren Bildungseinrichtungen
9 zusammenwirken oder nicht.

10 Ein Schwerpunkt bei der Qualitätssteigerung unserer Grundschulen
11 muss die Aufnahme von Sprachförderung in den Unterrichtsplan
12 sein. Es gilt als erwiesen, dass nur ausreichende Sprachkompetenz
13 auch Chancengleichheit in der Bildungsbiographie zur Folge haben
14 kann. Wie schon ausgeführt, muss mit dem Erwerb dieser
15 Kompetenz bereits in den KiTas begonnen werden. Spätestens mit
16 Beginn des 2. Schuljahres sollte, falls noch Defizite bestehen, die
17 erforderliche Sprachkompetenz vorhanden sein, damit die Kinder im
18 weiteren Verlauf der Grundschulzeit die gleiche Chance zur
19 Teilnahme und Mitwirkung am Unterricht haben, wie Kinder ohne
20 Sprachdefizite. Es muss noch einmal ausdrücklich darauf
21 hingewiesen werden, dass das Vorhandensein von Sprachdefiziten
22 sich nicht allein auf Kinder mit Migrationshintergrund beschränkt.
23

24 Um eine vergleichbare Grundschulbildung bundesweit zu erreichen,
25 ist darauf hinzu wirken, dass der Umfang der Stundentafeln und der
26 somit am Ende der Grundschulzeit erworbenen Fähigkeiten und
27 Kompetenzen annähernd gleich ist. Es kann nicht sein, dass es
28 gravierende Unterschiede in den Stundentafeln zwischen den
29 einzelnen Bundesländern gibt. So werden heute an Bayerischen
30 Schulen ab dem ersten Schuljahr 2 bis 3 Wochenstunden mehr
31 Unterricht erteilt als in NRW. Vorausgesetzt, dass der Input pro
32 Stunde gleich ist, kann dies einen deutlichen „Wissensunterschied“
33 am Ende der Grundschulzeit zur Folge haben. Dieses Beispiel macht
34 deutlich, welche Blüten unser föderatives Bildungssystem treiben
35 kann. Hier ist zumindest die Kultusministerkonferenz gefordert,
36 dafür zu sorgen, dass eine Chancengleichheit zwischen den
37 Bundesländern besteht. In einer mobilen Gesellschaft, kann es nicht
38 sein, dass mobile Familien mit Schulproblemen bestraft werden.
39 Ziel muss es sein, die erst in jüngster Zeit noch einmal eindeutig
40 festgelegte Länderkompetenz im Bereich der Bildungspolitik auf
41 den Prüfstand zu stellen. Hier gilt zu fragen, was dient den
42 Betroffenen, den Schülerinnen und Schülern und nicht, was bedient
43 den Machtanspruch der einzelnen Bundesländer. Will die
44 Bundesrepublik sich insgesamt bildungspolitisch weiterentwickeln,
45 so ist die Bildungspolitik in weiten Teilen ein bundespolitisches
46 Thema.

47

48 Wir lehnen die Aufhebung der Grundschulbezirke ab. Sehen aber
49 eine Notwendigkeit darin, die sozialen Defizite einzelner Stadtteile,
50 die sich in den Grundschulen widerspiegeln, abzufedern. Dies sollte
51 durch besondere integrative und pädagogische Leistungen für diese
52 Schulen geschehen.

53

1 Mit der erfolgreichen Einführung der OGaTa ist ein wesentlicher
2 Schritt zur Vereinbarung von Familie und Beruf getan worden.
3 Dabei darf aber nicht stehen geblieben werden. Die OGaTa muss
4 systematisch weiterentwickelt werden hin zu einer allgemeinen
5 Ganztagschule. Dies bedeutet auch, dass man zu einer
6 Präsenzpflcht von Lehrerinnen und Lehrern kommen muss. Dass
7 diese Weiterentwicklung nicht nur schulorganisatorische Folgen
8 nach sich ziehen muss, sondern auch an die Schulträger neue
9 Herausforderungen stellt (Bsp. im Raumangebot für Lehrkräfte), ist
10 selbstverständlich.

11
12 Auch die Ausbildung der Grund-/HauptschullehrerInnen muss
13 reformiert werden. Wenn von Lehrern/Lehrerinnen im Schulalltag
14 gefordert wird, dass sie in allen Fächern unterrichten, so haben sie
15 auch ein Recht auf umfassende Ausbildung in diesen Fächern und in
16 der dazugehörigen Methodik.

17 Durch die sinnvolle Nutzung neuer Medien sollte es möglich sein,
18 LehrerInnen von Verwaltungsaufgaben mehr zu entlasten.

19
20 Schließlich wäre es wünschenswert, eine gezielte Werbeaktion zur
21 Ausbildung von männlichen Lehrkräften durchzuführen. Durch die
22 überwiegende Präsenz von Frauen an Schulen fehlt ein Stück
23 Lebenswirklichkeit. Die Erziehung durch beide Geschlechter darf
24 nicht nur Ziel in den ersten Lebensmonaten unserer Kinder sein.

25

26 Sekundarstufe I / Sekundarstufe II

27

28 Der Wechsel in die Sekundarstufe bedeutet einen entscheidenden
29 Einschnitt in die Schulbiographie eines Kindes. In Deutschland
30 erfolgt dieser Übergang in den meisten Bundesländern nach dem
31 vierten, in einigen auch nach dem sechsten Schuljahr. Durch die
32 Verschiebung des Eintrittsalters in die Grundschule in Richtung auf
33 das fünfte Lebensjahr wird damit heute frühestens schon nach dem
34 neunten Lebensjahr weitgehend darüber entschieden, ob ein Kind
35 das Abitur und damit die Hochschulausbildung anstrebt oder ob es
36 nur über Umwege diesen Bildungsweg erreicht. Die angebliche
37 Durchlässigkeit des Systems funktioniert bisher tatsächlich nur von
38 oben nach unten, also vom Gymnasium zur Hauptschule, viel
39 schlechter aber von unten nach oben.

40

41 Alle im Bildungssystem erfolgreicheren Staaten vermeiden diese zu
42 frühe Entscheidung. Sie erreichen damit nicht nur bessere
43 Ergebnisse bei internationalen Studien, sondern auch einen
44 höheren Anteil an Abiturientinnen und Abiturienten in einem
45 Schülerjahrgang. Außerdem entscheidet bei ihnen die soziale
46 Herkunft viel seltener über den schulischen Erfolg als in der
47 Bundesrepublik.

48 Allerdings hat eine längere gemeinsame Grundschulzeit, wie die
49 Ergebnisse in den entsprechenden Bundesländern zeigen, keine
50 durchgreifende Verbesserung der geschilderten Situation zur Folge.
51 Damit ergibt sich also die Forderung nach einem Aufbau eines
52 neuen Schulsystems ab der Sekundarstufe I, das die künstliche
53 Schubladenbildung aufgibt und Kinder und Jugendliche in einer
54 Schule möglichst differenziert, fördernd und fordernd ausbildet.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54

Sekundarstufe I

Nach dem Wechsel der Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse der Grundschule besuchen diese die Sekundarschule I. Diese soll künftig ein differenziertes, auf die Begabung und Bedürfnisse des einzelnen Kindes abgestimmtes Angebot bieten. Durch ein Kurssystem werden begabte Kinder nicht gebremst, sondern ihre Begabung wird gezielt gefördert. Andere Kinder erhalten die für sie notwendige Unterstützung durch speziell angepasste Förderangebote. Sitzenbleiben gehört der Vergangenheit an. Zentral organisierte Prüfungen stellen den Entwicklungsstand der SchülerInnen fest und erzwingen weitere unterstützende und fördernde Maßnahmen der Schule. Der dazu notwendige organisatorische und pädagogische Überbau wird in Form der Schulinspektionen in Nordrhein-Westfalen und vielen anderen Bundesländern zurzeit schon ansatzweise vorbereitet. In Anlehnung an das Schwedische System des Skolverket und der Schulinspektionen werden damit die Schulen in ihrem Bildungsauftrag unterstützt statt kontrolliert. Der individualisierte Bildungsprozess des Kindes und Jugendlichen wird durch die Schule begleitet indem sie alle notwendigen Hilfen anbietet, damit die Schülerin und der Schüler die angestrebten Ziele erreicht. Fachbezogene Leistungsüberprüfungen bestätigen die vorgegebenen Zielsetzungen und bilden die Grundlage für die Vergabe der Abschlüsse. Durch diese sinnvolle Kombination von Fordern, vor allem aber Fördern, überwinden wir die Probleme des heutigen vier- bzw. fünfgliedrigen Schulchaos` und erreichen mehr höher qualifizierende Schulabschlüsse. Das mehrgliedrige Schulsystem gehört der Vergangenheit an.

Sekundarstufe II

Die derzeitige Situation für Jugendliche nach dem zehnten allgemeinbildenden Schuljahr ist in Nordrhein-Westfalen durch vier Wege gekennzeichnet:

1. Die Jugendlichen erhalten keine Ausbildung und unterliegen einer einjährigen Vollzeitschulpflicht an einem Berufskolleg oder einer Teilzeitschulpflicht ebenda bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres.
2. Die Jugendlichen bleiben auf einer allgemeinbildenden Schule (Gymnasium/Gesamtschule) bis zum Erreichen der Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife (Abitur).
3. Die Jugendlichen schließen einen Ausbildungsvertrag im Dualen System ab und besuchen ausbildungsbegleitend das Berufskolleg oder sie streben einen Beruf nach Landesrecht an einem Berufskolleg an, beides mit der Möglichkeit eines gleichzeitigen allgemeinbildenden Schulabschlusses (Doppelqualifikation) oder sie besuchen eine Vollzeitschulform dieser Bildungseinrichtung. Diese Form der weiteren Ausbildung betrifft immer noch die meisten Jugendlichen, allerdings durch zurückgehende

1 Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen im Dualen
2 System mit abnehmender Tendenz..
3 4. Daneben gibt es noch weitere Möglichkeiten der schulischen
4 Ausbildung nach dem Abschluss der zehnjährigen
5 allgemeinbildenden Vollzeitschulpflicht, die hier aber nicht
6 weiter betrachtet werden sollen.

7
8 Durch die Umwandlung der früheren Berufsschule in das
9 Berufskolleg ist es möglich, alle allgemeinbildenden Abschlüsse
10 auch an den Berufskollegs zu erreichen. Andererseits sind die
11 Gymnasien und Gesamtschulen gefordert, sich stärker als bisher an
12 der Lebenswirklichkeit in Betrieben zu orientieren. Eine Trennung
13 der Oberstufen von Gymnasium, Gesamtschule und den
14 Berufskollegs erscheint unter diesen Gesichtspunkten für überholt.
15 Durch eine gemeinsame Organisation dieser verschiedenen
16 Ausbildungswege werden Synergien freigesetzt und Bildungsgänge
17 gegenseitig befruchtet. Eine solche Sekundarschule II kennt viele
18 verschiedene Weiterqualifizierungswege und Übergänge, so dass
19 Sackgassen vermieden und Bildungspotentiale der Jugendlichen
20 optimal gefördert werden.

21
22 Eine Sekundarschule II bietet sich durch ihre jetzt schon in vielen
23 Berufskollegs vorhandene hervorragende materielle Ausstattung
24 auch dazu an, im Weiterbildungs- und Qualifizierungsmarkt für
25 Berufstätige Angebote zu entwickeln und damit den notwendigen
26 Beitrag zum lebenslangen Lernen in der Arbeits- und Freizeitwelt
27 beizutragen.

28 29 Hochschulbildung

30
31 Ziel einer modernen (Wissens-) Gesellschaft muss es sein, so vielen
32 Menschen wie möglich, den Zugang zur Hochschulbildung an
33 Universitäten, (Fach-) Hochschulen und gleichwertigen
34 Institutionen und damit verbunden den Erwerb einer
35 wissenschaftlichen (Aus-)Bildung zu ermöglichen. Gerade eine
36 Gesellschaft, deren bedeutsamste Ressource die gute (Aus-)Bildung
37 seiner Menschen ist, braucht viele gut qualifizierte Menschen um
38 im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Daher stehen
39 Gebühren - auch für den Erwerb der höchsten Bildungsabschlüsse –
40 prinzipiell diesem Ziel entgegen. Vor allem, wenn man einen sozial
41 ausgeglichenen und chancengleichen Zugang bei der
42 Hochschulbildung erreichen möchte.
43 Daher ist es unumgänglich, die Gebührenregeln für ein
44 Hochschulstudium auf den Prüfstand zu stellen, um für einen sozial
45 ausgewogenen und für alle sozialen Schichten offenen Zugang zur
46 Hochschulbildung zu sorgen.
47 Die Reform der Studiengänge in Bachelor- und Mastersysteme sollte
48 – um eine flexiblere Anpassung an den Arbeitsmarkt zu erreichen -
49 weiter vorangetrieben werden.
50 Auch die Qualität von Lehre und Forschung muss weiter gesteigert
51 werden um im internationalen Vergleich zu bestehen. Ein gutes
52 Bildungssystem bietet möglichst vielen Menschen - um eine breite
53 Basis zu haben - die Möglichkeit eines Hochschulstudiums und lässt

1 darüber hinaus aber auch Gestaltungsraum für Spitzenforschung.
2 Auch in diesen Bereich muss mehr Geld investiert werden.

3 4 **Lebenslanges Lernen**

5
6 Fort- und Weiterbildung wird in einer sich rasant verändernden
7 Gesellschaft immer wichtiger. Das lebensbegleitende Lernen ist eine
8 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund, Länder und Gemeinden,
9 aber auch Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände und Institutionen
10 sind Träger einer verlässlichen Weiterbildungslandschaft. Die z. Zt.
11 in Rede stehen Kürzungen bei der Weiterbildung in NRW lehnen wir
12 ab.

13
14 Wir fordern regionale Bildungszentren im Kreis Mettmann in denen
15 Angebote der Volkshochschulen, freier Träger, Berufskollegs und der
16 Hochschulen koordiniert und miteinander verzahnt werden.

17
18 An Standorten ohne eigene Hochschulen wie dem Kreis Mettmann
19 benötigen wir Transferstellen zu den umliegenden Universitäten,
20 bei denen man sowohl die Lernangebote abrufen kann, aber bei
21 denen auch der Zugriff auf Wissens-Know-How organisiert wird.
22 Eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung und der Weiterbildung.

23 24 **Bildungsfinanzierung**

25
26 Ziel der Bildungspolitik muss sein jedes Talent zu heben und zu
27 fördern. Voraussetzung hierfür ist, dass niemand wegen seiner
28 finanziellen Möglichkeiten von Bildung und Weiterbildung
29 ausgeschlossen ist. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche
30 Notwendigkeit und ist gesamtgesellschaftlich über Steuern zu
31 finanzieren.

32
33 Wir müssen innerhalb des Bildungssystems umfinanzieren. Das
34 heißt, es müssen zukünftig mehr Mittel in die Frühförderung und
35 die Grundschulen fließen. Wir wollen kurzfristig das beitragsfreie
36 letzte Kindergarten-Pflichtjahr und den Ausbau der U-3-Betreuung.
37 Wir brauchen mehr Lehrerinnen an den Grundschulen und Mittel
38 für den sozialen Ausgleich an Brennpunktschulen.

39
40 Wir benötigen ein Stipendiensystem, das Wissenschaft,
41 Wissenschaftler und Begabungen fördert. Wir lehnen
42 Studiengebühren ab, wissen aber, dass Universitäten stärker auf
43 Drittmittel angewiesen sein werden, wenn sie Spitzenleistungen
44 erbringen wollen. Wir müssen den Wissenschaftsbetrieb öffnen und
45 noch kompatibler mit der Wirtschaft machen.

46
47
48 **angenommen** **abgelehnt** **überwiesen**

49
50 Adressaten: SPD-Landesparteitag
51 SPD-Landesvorstand
52 SPD-Landtagsfraktion